

**Vorlage für die Sitzung des Senats am 21.02.2023**

**„Aktenhalde bei der Polizei Bremen weiter gestiegen?“**

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

**A. Problem**

Die Fraktion der CDU hat die folgenden Fragen in der Fragestunde zum Thema „Aktenhalde bei der Polizei Bremen weiter gestiegen?“ gestellt:

1. Wie haben sich die Bearbeitungsrückstände bei der Bremer Polizei nach dem Abschlussbericht des Projektes zum Abbau der Bearbeitungsrückstände in der Ermittlungsarbeit der Polizei seit Juli 2022 entwickelt und wie hoch ist der aktuelle Bearbeitungsrückstand in Fallakten (Stichtag 31.12.2022)?
2. Welchen Erfolg konnte der Senator für Inneres beim Abbau der Bearbeitungsrückstände in den vergangenen sechs Monaten verzeichnen?
3. Wann ist mit der Einstellung von zusätzlichem Personal bei der Polizei im Land Bremen (getrennt für Bremen und Bremerhaven) zum Abbau der besagten Halde zu rechnen, wie es als einzig erfolgsversprechende Maßnahme aus dem Abschlussbericht hervorging?

**B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

**Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:**

Die Bearbeitungsrückstände der Polizei Bremen stiegen seit Juli des Jahres 2022, trotz der im Abschlussbericht beschriebenen vielfältigen Anstrengungen, von 15.622 Vorgängen bis zum 31. Dezember 2022 um 6.875 Vorgänge auf insgesamt 22.497 Vorgänge an.

Seit Januar 2023 wurde weiteres Arbeitsvolumen im Umfang von ca. 50 Vollzeitstellen polizeiintern umstrukturiert und zur Reduzierung der Bearbeitungsrückstände eingesetzt. Dies führte bereits zum 31. Januar 2023 dazu, dass die Zahl der Bearbeitungsrückstände in den Ermittlungsbereichen der Kriminalpolizei im Vergleich zum Dezember 2022 um 2.388 Vorgänge auf 20.109 Vorgänge reduziert werden konnte. Dies entspricht einem Rückgang von 10,6 Prozent.

Die in den vergangenen Jahren historisch hohen Einstellungszahlen für die Polizei Bremen führen dazu, dass die Polizei Bremen zum 1. Oktober 2026 die Zielzahl von 2900 Beschäftigten erreicht. Die bisherigen Einstellungen führen in der Folge auch zu einem personellen Aufwuchs im Ermittlungsbereich, was sich begünstigend auf den Abbau der Bearbeitungsrückstände auswirkt.

### **C. Alternativen**

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

### **D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung**

Eine personelle Verstärkung der Polizei Bremen wird neben personalwirtschaftlichen auch weitere finanzielle Auswirkungen haben, die im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes für 2024 angemeldet werden wird. Die Beantwortung der Fragen hat keine genderbezogenen Auswirkungen.

### **E. Beteiligung/ Abstimmung**

Eine Beteiligung war nicht erforderlich.

### **F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

### **G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 14.02.2023 der mündlichen Antwort auf die Fragen der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.